

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1

Einleitung	13
A. Einführung	13
I. Begriffsdenken im Polizeirecht	13
1. Unterschiedliche Gefahrbegriffe	13
2. Begriffsdenken bei der Bestimmung von Störern	18
3. „Regeln“ bei der Ermessensausübung	19
II. Folgen von Begriffsdenken	19
B. Untersuchungsgegenstand und These	21
C. Gang der Untersuchung	22

Kapitel 2

Normativ erklärbare Begrifflichkeiten	24
A. Abstrakte und konkrete Gefahr	24
I. Definition und Probleme	24
II. Funktion der Begriffe der abstrakten und konkreten Gefahr	26
1. Zuordnung der abstrakten und konkreten Gefahr zu den polizeirechtlichen Normen	26
a) Kriterien für die Zuordnung der Begriffe der abstrakten und konkreten Gefahr zu der Generalklausel nach §§ 3 i. V. m. 1 Abs. 1 Satz 1 PolG und zu der Ermächtigung zum Erlass von Polizeiverordnungen nach §§ 10 Abs. 1 i. V. m. 1 Abs. 1 Satz 1 PolG	26
b) Zuordnung der Sachverhalte der konkreten und abstrakten Gefahr zu den Rechtsfolgen	28
c) Problemfälle	29
d) Bedeutung der Begriffe der abstrakten und konkreten Gefahr für die Wahrscheinlichkeitsaussagen und die Zuordnung der Begriffe zur Aufgabenzuweisungsnorm des § 1 Abs. 1 Satz 1 PolG	31
e) Zuordnung der abstrakten und konkreten Gefahr zu den Regelungen über Standardmaßnahmen nach den §§ 26 ff. PolG	34

f) Zuordnung der abstrakten und konkreten Gefahr zur unmittelbaren Ausführung nach § 8 Abs. 1 PolG	34
2. Folgen für Normen mit qualifizierten Gefahrbegriffen	35
III. Zusammenfassung	35
B. Anscheins- und Putativgefahr	36
I. Begriffe	36
II. Funktion der Begriffe der Anscheins- und Putativgefahr	37
III. Die Begriffe der objektiven und subjektiven Sichtweise bei der Wahrscheinlichkeitsprognose	38
IV. Verzichtbarkeit der Begriffe Anscheins- und Putativgefahr	41
C. Bedeutung der vorgenommenen Begriffsbildungen für die Anwendung von Verhältnismäßigkeitskriterien	42

Kapitel 3

Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Polizeirecht aus historischer Perspektive 43

A. Anknüpfungspunkte für die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Allgemeinen Preußischen Landrecht	44
I. Die „nöthigen Anstalten“ in § 10 Teil II, Titel 17 ALR als Anknüpfungspunkt bei der Auswahl der Rechtsfolgen	44
II. „Bevorstehende[...] Gefahr“ in § 10 Teil II, Titel 17 ALR als Anknüpfungspunkt bei der Auslegung des Tatbestandes	47
III. Anknüpfungspunkte bei der Bestimmung des Adressaten einer polizeilichen Maßnahme sowie bei der Adressatenauswahl	50
1. Bestimmung des Adressaten	51
2. Adressatenauswahl	53
IV. Zusammenfassung	54
B. Anknüpfungspunkte für die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Preußischen Polizeiverwaltungsgesetz	54
I. § 41 Abs. 1, Abs. 2 PrPVG und „notwendige Maßnahmen“ in § 14 Abs. 1 PrPVG als Anknüpfungspunkte bei der Auswahl der Rechtsfolgen	54
II. „Gefahren“ in § 14 Abs. 1 PrPVG als Anknüpfungspunkt bei der Auslegung des Tatbestandes	56
III. Anknüpfungspunkte bei der Bestimmung des Adressaten einer polizeilichen Maßnahme in den §§ 18 ff. PrPVG und bei der Adressatenauswahl	56

Inhaltsverzeichnis	9
1. Bestimmung des Adressaten	56
2. Adressatenauswahl	57
C. Zusammenfassung	57

Kapitel 4

Begriff und Inhalte des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	58
A. Verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Vorgaben	58
I. Verfassungsrechtliche Vorgaben	58
II. Verankerung im Polizeigesetz	61
B. Inhalt des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	62
I. Legitimität des Zwecks und des Mittels	63
II. Geeignetheit der Maßnahme	63
III. Erforderlichkeit der Maßnahme	65
IV. Angemessenheit der Maßnahme	69
C. Zusammenfassung	71

Kapitel 5

Die Vorgaben des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes auf den verschiedenen Ebenen der Anforderungen an eine rechtmäßige polizeiliche Maßnahme	72
A. Ebene der Bestimmung der Rechtsfolgen	72
I. Opportunitätsprinzip	72
II. Entschließungsermessen	74
1. Grundsätzliche Gefahrenabwehrpflicht nach § 1 Abs. 1 Satz 1 PolG	74
2. Grenzen der Gefahrenabwehrpflicht	76
3. Unterschiede zwischen der Gefahrenabwehrpflicht und dem üblicherweise vertretenen Entschließungsermessen	76
III. Auswahlermessen	77
1. Konstellationen 1 und 2	78
2. Konstellation 3	79
a) Teilanforderung der Geeignetheit bei der Störerauswahl	80
b) Teilanforderung der Erforderlichkeit bei der Störerauswahl	80

c) Teilanforderung der Angemessenheit	82
d) Spannungsverhältnis zur Effektivität der Gefahrenabwehr?	82
e) Berücksichtigung des Verantwortungsgrades der Störer bei der Prüfung der Teilanforderung der Erforderlichkeit	83
aa) Einfluss der „internen zivilrechtlichen Verantwortlichkeit“ auf die Teilanforderung der Erforderlichkeit	84
bb) Keine weitergehende Berücksichtigung des Verantwortungsgrades ..	86
3. Konstellation 4	88
IV. Zusammenfassung	88
B. Ebene der Qualifikation einer Person als Störer	89
I. Irrelevanz der Trennung zwischen Verhaltens- und Zustandsstörer für die Zurech- nung	89
II. Defizite der herkömmlich verwendeten rechtlichen Kriterien für eine Zurechnung in Rahmen der §§ 6 Abs. 1 und 7 PolG	91
1. Verhaltensstörer	92
2. Zustandsstörer	93
III. Zurechnung als Abwägung zwischen Freiheit und Verantwortung	94
IV. Erklärung der Wertungswidersprüche	97
1. Zweckveranlasser	97
2. Begrenzung der Zustandsstörereigenschaft	99
V. Zusammenfassung	105
C. Ebene des Tatbestandes	105
I. Wahrscheinlichkeitsbegriff	106
1. Unergiebigkeit eines bloßen Wahrscheinlichkeitsgrads	106
2. „Hinreichende“ Wahrscheinlichkeit	107
a) Zweck des Gefahrbegriffs	108
b) Gewicht der Schädigung eines polizeilichen Schutzgutes als maßgebliches Kriterium	109
c) Berücksichtigung des allgemeinen Lebensrisikos	111
d) Kein zusätzliches zeitliches Kriterium	112
II. Behandlung von Situationen des Gefahrenverdachts	113
1. Definition und Abgrenzungsproblematik zur Anscheins- und Putativgefahr ..	113
2. Eingriffsmaßnahmen bei einem Gefahrenverdacht	114
3. Der Begriff des Gefahrenverdachts als geringerer Wahrscheinlichkeitsgrad eines Schadenseintritts	115
4. Zusammenfassung	118

Inhaltsverzeichnis	11
III. Irrelevanz der Abgrenzung zwischen bloßer Belästigung und Schaden bei der Gefahr	118
IV. Zusammenfassung	119
Ergebnis	120
A. Entbehrlichkeit der üblicherweise verwendeten Begrifflichkeiten und Fallgruppen	120
B. Das Polizeirecht als ein durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bestimmtes System von Abwägungsentscheidungen	121
Literaturverzeichnis	123
Sachverzeichnis	141